

Verkaufsstelle
Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 RM.
postumbehalten bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.95 RM.
Postzeitungsliste 6366, Nachtrag VII.

Volkshblatt

Zusertionsgebühr
beträgt für die 4 getragene
Beitragende oder deren Mann 15 Pf.,
für Vereins- und Verammlungs-
anzeigen 10 Pf.
Interate für die fällige Nummer
wählen höchstens bis vormittags
1/10 Uhr in der Expedition
aufgegeben sein.

für Halle und den Saalkreis,
Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Wölbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Nr. 157.

Halle a. S., Donnerstag den 9. Juli 1891.

2. Jahrg.

Vollständige Festschrift. Deutsches Reich.

Zur Untersuchung gegen Baare schreibt der „Vorwärts“: Die „Königliche Zeitung“ hatte der bekannten Erklärung des Eisenbahnministers eine Einleitung vorausgeschickt, in welcher sie die Beschuldigungen Fungangs als „die windigen Behauptungen eines wenig wahrheitsliebenden, untergeordneten ultramontanen Somatiers“ hinstellt. Herr Fungang antwortete hierauf mit wichtigen Schlägen und sehr konkreten Thatsachen. Er erinnert daran, daß er ein genaues Verzeichnis der Stempel veröffentlicht hat, welche auf dem „Dochumer Verein“ zu Falschungszwecken angefertigt sind, und daß der Untersuchungsrichter eine Anzahl von Stempel-Abdrücken in Blei in Verwahrung hat, sowie ein Arbeitsbuch des „Dochumer Vereins“, in welchem eine Reihe von falschen Stempeln mit Nummernnummern und Preisangaben eingetragen ist. Zugleich entwirft er, daß die Anschuldsigungen gegen Baare im Steuerprozeß erst erhoben seien, nachdem schon vorher der Staatsanwalt die genaue Mitteilung über die gefälschten Stempel und die Angabe über die Wertstätte, in welcher sie angefertigt und aufbewahrt seien gemacht waren. Die Voraussetzung, daß sofort Hausdurchsuchung vorgenommen werden würde, hat sich nicht erfüllt, sonst hätte die Staatsanwaltschaft jetzt Dutzende von Stempeln in Besitz, die nun in den Schmelztiegel gewandert sind. Dies veranlaßte Herrn Fungang und seine Verteidigung, im Steuerprozeß selbst die Anklage wegen der gefälschten Stempel Herrn Baare ins Gesicht zu schlagen. Bisher ist nur ein Teil der in Böhnum wohnenden Beugen des Herrn Fungang vernommen worden, von den auswärts wohnenden aber kein einziger. Von den vernommenen Befragungseugen ist aber bisher noch kein einziger verurteilt worden. Die Gefahr der Beeinträchtigung der Beugen sei im höchsten Grade vorhanden; schon seien verschiedene Verurtheilte daraufhin gemacht, Beugen wachend zu machen oder zur Auswanderung zu veranlassen. Für Herrn Baare stehe bei diesem Prozesse alles auf dem Spiel und er werde daher auf alles wagen, um nicht zu unterliegen. Wenn der Staatsanwalt es bisher nicht für notwendig gehalten habe, über Herrn Baare und die hauptsächlich kompromittirten Ingenieure die Untersuchungen zu verhängen, so möge man wenigstens die wichtigsten Beugen verurteilen. Den Eisenbahnminister fordert Herr Fungang auf,

doch wenigstens feststellen zu lassen, ob die Behauptung Baares, daß auf den Dochumer Werken Stempel auf Bestellung der Kontrolleure angefertigt seien, begründet sei. Auch ein Moment mehr persönlicher Natur sollte den Minister verpflichten, die Untersuchung gegen Baare mit größter Energie zu betreiben. Herr Baare hat bei der Behauptung, daß eine ganze Reihe deutscher Stahlwerke es mit dem Schienenfiskus gerade so mache wie er, auch den „Hörsing“ in Saar genannt, an dessen Spitze als Generaldirektor der eigene Bruder des Eisenbahnministers stehe. Herr Fungang beleuchtet auch noch das ganze Untersuchungsverfahren gegen Baare; ein bloßer Jurist genüge nicht zur Ermittlung; dazu gehöre noch ein sachverständiger, und zugleich unbefangener und energischer Mann. Wir glauben nicht, daß die Regierung, ohne den schimmigen Schein auf sich zu laden, sich länger in Schweigen hüllen und sich mit einer bloßen Statistik darüber begnügen darf, wie groß oder klein die Zahl der Unglücksfälle sei, welche als Folge fehlerhafter Schienen angenommen werden könne. Die zahlreichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit sprechen eine mahnende Stimme; jeder Tag bringt uns vielleicht schreckenerregende Enthüllungen, welche die Fungang'schen noch überbieten.

Als „sozialdemokratischen Unfug“ haben viele Blätter der herrschenden Parteien die im April d. J. in Berlin ins Leben getretenen Arbeiterbildungsschulen bezeichnet. Recht bringt die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ eine Kritik folgenden Inhalts: „Die Arbeiterbildungsschulen weisen eine sehr starke Beteiligung auf. In sechs Schulen werden in neun Kurien nicht weniger als 2746 Schüler unterrichtet. Der Drang, die lückenhafte und mangelhafte Ausbildung in den Volksschulen selbst in reiferen Jahren noch zu ergänzen, ist eine der erkenntlichsten Seiten, welche die moderne Arbeiterbewegung aufzuweisen hat. Die einzelnen Kurien weisen natürlich eine sehr ungleiche Beteiligung auf. Des größten Anpruchs erfreut sich der stenographische und deutsche Unterricht. Dann folgt der Unterricht in der Buchführung, sowie der Reden- und Rechtschreibunterricht. Auch der Kursus für Nationalökonomie weist eine Beteiligung von 304 Schülern auf. Es ist natürlich, daß die Sozialdemokratie diese Schulen nur als ein neues Mittel für die Propaganda ihrer Lehren unterhält und daß auch der Unterricht in diesem Sinne erteilt wird. Inwiefern sie ihre Rechnung dabei finden, muß abgewartet werden. Der starke Besuch des stenographischen sowie des Buchführungs-, Reden- und Rechtschreibunterrichts betundet, daß viele Arbeiter

leiblich in die Schule eingetreten sind, um sich die Vorbedingungen für eine bessere Gestaltung ihrer sozialen Lage zu sichern.“ — Wir sind überzeugt, die Sozialdemokratie wird „ihre Rechnung“ bei dem Unternehmen schon finden. Beweis, die Arbeiterbildungsschulen sollen der Propaganda für ihre Lehren dienen. Jeder Fortschritt des Arbeiters im Wissen, in wahrer Bildung muß und kann nur der Sozialdemokratie zu gute kommen.

In der Angelegenheit Völlmar meldet ein Heroldstelegramm: Der Abg. v. Völlmar erwiderte in einer vorgelesen abgehaltenen sozialdemokratischen Wählerversammlung auf die in Berliner Versammlungen gegen ihn erhobenen Angriffe und hielt unter lebhaftem Beifall seine früheren Ausführungen aufrecht. Die sozialdemokratische Partei dürfe sich nicht in die bloße Regation hineinreiben lassen, sie müsse praktisch mitarbeiten an der Gesetzgebung. Wer das nicht wolle, müsse hinausgehen, die Revolution vorbereiten und die Messer schleifen. Ueber den Dreißig hätten Bebel und Liebknecht früher offiziell ähnlich gesprochen wie er. Die Berliner Hege gehe von einer Seite aus, die allgemein verachtet werde. Die Versammlung brachte dem Abg. v. Völlmar am Schluß seiner Rede ein stürmisches Hoch dar.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Der Schriftsteller Francois Martin, ein geborener Luxemburger, in den Buchdruckerkreisen bekannt als Gründer und früherer Redakteur des in Basel erschienenen „Internationalen Buchdruckerverbandes“ ist von der hiesigen Polizei ausgewiesen worden und mußte heute die Stadt verlassen. Martin hatte, nachdem er vor kurzem aus Stuttgart ausgewiesen worden war, hier eine Stellung gefunden.

Wegen das erbarmungslose Erpressungssystem des Kapitalismus wettet die „Germania“ in einem sozialpolitischen Situationsbericht aus der Schweiz:

Es gibt eine hochbedeutende Bewegung, wie durch alle europäischen Länder, so auch durch unsere Schweizergaue: die Bewegung der Arbeiter gegen die Fabrik- und Fabrikbesitzer, gegen das große Kapital. Es mußte endlich so kommen, da die Ausbeutung des Arbeitervolkes seit vielen Jahrzehnten geradezu herlos betrieben wurde. Darum die großen Streiks an allen Ecken und Enden, darum der Kollaps und Hülflosigkeit von Hunderten und Hunderttausenden um wirksamen Schutz gegen dieses erbarmungslose Erpressungssystem.

Dieses wahre Wort ist der frommen „Germania“ freilich nur aus demagogischen Gründen entküpft, um die Arbeiter zu fesseln und wer lacht da? — die bekannte Encyclopaedia des Papstes als alleiniges Mittel

Im Hause am den Boden.

Vorstellung von Sewer Matiejewski.
Mit Erlaubnis des Autors nach dem Polnischen bearbeitet
von A. Kneemann.

[Nachband verboten.]

Dann hätte Jürgen nichts mehr. Hanna verschwand in der Finsternis. Er wollte ihr nachhelfen, das Fenster öffnen, in die Stube hineindringen. Kropfen er des Schönen Sohn war, künzte ihm das Wagnis doch zu gefährlich. Bedenklich und müde lehnte er langsam zu ... Margas Gesicht.

Als er bei der Schenke vorbeiging, erblickte er Licht in den Fenstern, er trat hinein, winkte dem Juden und sagte, nachdem dieser sich genähert, in gedämpftem Flüsterton:

„Anton ist fort, aber sie will mich nicht haben. Sie hat mich verlassen.“

Der Jude schüttelte genötigt mit dem Kopf.
„Mit leeren Händen geht man zu keiner Frau, ich kann es. Wenn Gelobtes ist nicht zu raten. Der Vater ist geizig, der Sohn hat ihn noch überroffen.“

„Was hätte ich mitnehmen sollen?“ unterbrach der Deutsche.

„Korallen oder ein Tuch, ein Ferkel, ein Kalb, was immer. Nur nicht mit leeren Händen zu ihr gehen. Ein Schlüssel wird nie etwas erreichen.“

„Schlüssel?“ sagte Jürgen.

Er verlangte Branntwein, schürzte zwei Gläsern

rasch nacheinander durch die Kehle und ging hinaus — geradewegs nach Hause. In der Stube war es finstler; er stieß die Thür mit dem Fuß auf.

„Hien!“ brüllte er, daß die Scheiben in den Fenstern aufklirrten. Margas Sprach aus dem Bett, zündete eine Lampe an, stellte eine Schüssel mit Wollgerste auf den Tisch und schlüpfte sich schleunigst unter die Decke. Im Bett sitzend blickte sie schüchtern auf den Mann. Er verschlang schweigend die Gerste, wuschte sich den Mund ab, firetete dann gähnend die Wieder aus und begab sich über die Nacht in die Scheune, ohne der Frau einen Blick geschenkt zu haben.

Sie leuchtete. Im Nu war sie wieder auf den Beinen, räumte den Tisch ab und löschte die Lampe.
„Bei der Mutter hatte ich es besser“, flüsterte sie stöhnend. „Hat sie mich geschlagen, so war sie ja die Mutter. Hier ist jeder Herr über mich. Ich sehe schon, ich werde mit Jürgen niemals glücklich und wenn ich des Lebens satt werde, lasse ich die Wirtschaft im Stich und flühe wieder zu der Mutter.“
Der Gedanke begann ihr zu gefahren. Ueber die neue Zukunft träumend, schlief sie ein.

Hanna blieb vor der Thür ihrer Hütte stehen und lauschte. Es war ihr, als höre sie ein Geräusch, wie wenn jemand auf fremden Boden treten würde. Sie befürchtete einen neuen Angriff des leeren Deutschen und suchte für die Nacht Schlüssel bei der Wirtin.
Die Wirtin war verfallen und noch trunken

die Beiden über den Vorfall und jannet über die Mittel der Gegenwehr nach.

„Wenn nur Anton davon nichts erfährt!“ wiederholte die Genaterrin besorgt. „Er könnte dem Burchen die Knochen entzwei brechen, man würde ihn in Arrest stecken und der Verdienst wäre aus.“

Man beschloß sich zu wehren und vor Anton über den Fall zu schweigen. Hanna sollte die Nächte bei der Genaterrin zubringen, oder die Genaterrin bei Hanna.

„Der arme Anton darbt und plagt sich mit der Arbeit ab, daß ihm die Glieder krachen und zum Dank sollte ich ihm mit Beirat vergelten? Ah! Das wäre schon die ängstliche Schurkerei und Schmach ...“

Hanna schüttelte mit wildem Haß die Fäuste.

„Schärke! Nicht genug, daß Deine Mutter sich das Maul über mich zerissen hat, jetzt wagst Du noch ...“

Der Gedanke kam ihr nicht über die Lippen, statt dessen schlug sie aber mit der Faust auf den Tisch.
„Freiere Dich nicht, Hanna, was geschehen ist, ist geschehen.“

„Armer Mann!“ klagte die junge Frau träumerisch wieder. „Du denkst überdies nicht daran, daß Du solchen Lohn für Deine Mühe und Plage ernten könntest! Aber sollte auch das Recht haben, einmal über Dich zu schämen? Er — Jürgen! Die Wirtin, dieser thörichte Schulzensohn? Ach, ach, dem Schlingel möchte ich gerne die Augen auskratzen! ...“ (Fort. f.)

gegen die graufigen Ursachen der modernen Produktionsmethode zu empfehlen, aber es bleibt deshalb nicht minder wahr. Auch über die Folgen dieses Systems ist sich die „Germania“ klar und die große Arbeiterbewegung der Gegenwart hat nach ihrer Ansicht volle Berechtigung, wie man aus der weiteren Bemerkung ersieht:

„Beitrag ist die Strömung eine allgemeine, und ohne Unterschied der Konfession und der politischen Parteilichkeit wird alles volens volens mit hineingezogen. Bringt dieses Jahrhundert diese Frage in seinem letzten Decennium noch zu einem glücklichen Abschluss, so hat es die französische Revolution mit ihren zerschmetternden Folgen weit gemacht und die Fundamente zum Aufbau einer neuen, segensvolleren Gesellschaftsordnung gelegt: es hat dann gut geendet. Im weiteren Verfolg der immer weiter um sich greifenden Arbeiterbewegung nehmen wir dann wahr, daß sich das unmittelbare Interesse vorzugsweise den Arbeitern des Gewerbestandes, der Werkstatt und dem Bergwerke zuwendet, wohl weil diese am unmittelbarsten und empfindlichsten unter der Föhnwind und Schornungslosigkeit dieser Arbeiterzeit zu leiden haben.“

Nur fürchtet das fromme Blatt, daß alle pfiffig-demagogischen Mittel nichts helfen und die Arbeiter und Bauern können sich von jenen Demagogen abwenden, die ihnen keine Hilfe bringen. Daß sie ihre demagogischen Mittel als nicht mehr zugriffsreich genug halten, beweist der Schmerzensschrei, der im Schlußsatz der Betrachtung des Blattes ausbricht:

„Ob aber der Radikalismus nicht eben deshalb zu versuchen wird, der Bauern sich zu bemächtigen und die viel versprechende Bewegung leitend ab in falsche Bahnen zu leiten, das wird die nächste Zukunft lehren; Angelegen dieser Art leidet schon zu sehr. Darum muß es aber die erste Sorge der bereits vielerorts bestehenden Bauernvereinsverbände sein, die in breitem Flusse dahinströmende Bewegung fest in den Fängen zu behalten.“

All dies ist zwar nur über schweizerische Verhältnisse geschrieben, allein es paßt auf die Verhältnisse aller Staaten, die unter dem modernen Produktionssystem stehen, ganz genau trifft es aber auf unsere deutschen Verhältnisse zu. — Winde Sünder finden auch Köhner.

Seit einigen Tagen gehen durch die Presse Mitteilungen, nach welchen bei dem Weimar garnisonierenden 1. Bataillon des 94. Infanterie-Regiments infolge Sonnenhitze mehrere Soldaten marasmusfähig geworden sind. Anfanglich meldeten die Berichte von zwei tödlich vom Sonnenstich Getroffenen. Später hieß es, daß noch zwanzig weitere Soldaten umgefallen seien. Wie wir jetzt aus einem Berichte des „Berliner Tageblatt“ aus Weimar erfahren, stellt sich der Unfall bei weitem schlimmer dar. Dem genannten Bataillon wird berichtet:

Das gräfliche Umland, von dem das hiesige 1. Bataillon des 94. Infanterie-Regis. am vergangenen Montag (2. 29. Juni) betroffen wurde, stellt sich nach den hier vorliegenden wohlvertrauten Einzelheiten als weit erhabener heraus, als die ersten Meldungen vermuten ließen, und hat nur allzu große Ähnlichkeit mit der Katastrophe, die das Würzburger Bataillon im Vorjahre auf dem Marsche nach Marktstätt ereignete. Nachdem das Bataillon, von 5 Uhr früh ab, fünf Stunden lang nach dem Exercitiplatz Schönbühl bei Erfurt marchiert war, wurde dort 2 1/2 Stunden Rast gemacht. Hierauf fanden bis 2 Uhr nachmittags anstrengende Gesechtsübungen statt. Sodann erfolgte der Abmarsch der 4. Kompagnie nach Aymannsrod, das 6-8 Kilometer entfernt liegt. Die Sonne drönte glühend heiß auf die selbstermüdeten ausgerüsteten Mannschaften herab. Schon auf dem Marsche von Weimar bis zum Übungsplatz wurden, so berichtet die „Eisen. Tagespost“, einige Soldaten vom Hitzschlag betroffen. Umgefahr 1/2 oder 3/4 Stunden vor Aymannsrod, so wird bestimmt berichtet, soll der Kompagnieführer, Hauptmann v. Wahlen, den Major v. Hochmuth als Jagdkommandierenden gehabt haben, entweder rasen oder das Gepäck ablegen zu lassen; darauf habe der Major erwidert, daß weitermarchieren werden müsse; wer schlapp werde, solle mit drei Tagen Arrest bestraft werden. Mehrere Wunden der Aymannsroder führte der Esslinger Flügel, ein Familienvater, mit dem Kopfe nach unten in einen Graben und schien sofort tot zu sein. Nach diesem Vorfalle seien bis zum Dorfe noch weitere 20 Mann und als, in dem Orte angelangt, „Halt“ kommandiert wor, fiel noch der ganze Rest der Kompagnie auf ein Kommando um. Der Befehl zum Abtreten bezugs Entgegennahme der Quartierkarten blieb dreimal fast ohne jeden Erfolg. Die Einwohner des Dorfes übernahmen nun die Pflege der mehr beunruhigtes daliegenden Mannschaften. Ein Gutsbesitzer Nicolai schildert die Sache folgendermaßen: „Der ganze Anblick war ein graßlicher und zwang einem Thränen in die Augen. Es lag gerade so aus, als hätte ein Gefecht stattgefunden; Gewehre, Säbne, Säbel u. s. w. lagen umher wie auf einem Schlachtfeld.“ Außer Flügel harr drei Stunden später unter graßlichen Schmerzen noch der Hauptstabsarzt Koch aus Etersburg bei Weimar. An sehr drastischen Worten zeigte sich, daß er trotz der größten Qualen sich nicht hatte „schlapp“ zeigen wollen. Da die Ortsbewohner außerordentlich erbitert auf den Major v. Hochmuth waren und ihrem Unwillen in immer härterer Weise Luft machten, so wurde ein Patrouillenbataillon eingerückt und später die ganze Kompagnie alarmiert. Als die Erregung einen immer ernstern Charakter annahm, verließ der Major nach 1 1/2 Uhr den Ort. Am folgenden Tage trat er wieder mit dem Regimentskommandeur Oberst v. Schmeling aus Weimar in Aymannsrod ein. Der Kommandeur Klauer hörte, wie letzterer dem Major, der inzwischen von der Führung des Bataillons entbunden sein soll, arge Vorwürfe machte.

Die Unabhängigen. In einer bayrischen Stadt ward ein Sozialdemokrat zufällig und unfreiwillig Zuhörer bei dem vertraulichen Bericht, den der Delegierte zu dem nationalliberalen Parteitag in Berlin nach seiner Rückkehr erstattete. Aus dem langen und nichtigen nationalliberalen Gespräch des Delegierten seien die wenigen Tatsachen, die er berichtet, kurz hervorgehoben:

1. habe ein Prozent der Partei eine „Partei Hilmard aus phrase“ bilden wollen;
2. habe ein Prozent der Partei — selber darunter die bedeutendsten Männer, — also die Besten,

Samstag u. s. w. — mit fliegenden Fahnen aus neuen Begleitung übergeben wollen;

3. habe die ungenutzte Mehrheit der Partei beschließen, keinem die beiden Beschlüsse zu folgen, sondern „die gewohnte Unabgängigkeit“ zu wahren.

Bei diesen letzten Ausführungen entfernte sich der unfreiwillige Zuhörer, um sich nicht zu verraten, da ihn ein Nachstampf zu befallen drohte.

Der „Reichsanzeiger“ publiziert das neue preussische Einkommensteuergesetz, welches erstmalig bei der Veranlagung für das Jahr 1892/93 zur Anwendung kommt.

Österreich-Ungarn. Die Regierung verbot die Bildung eines sozialdemokratischen Wahlvereins, weil die sozialdemokratischen Grundzüge staatsgefährliche Zwecke verfolgten. — Man sieht hieraus, daß es in Wien ebenso gut wie bei uns auch ohne Ausnahmebestimmungen geht.

Frankreich. Die Klassenjustiz ist in der Republik so heimisch wie in monarchischen Staatswesen. So haben französische Bourgeois geschworen in Donat den Genossen Celine zu sechs Jahren Gefängnis und Verlust der „bürgerlichen Ehrenrechte“ auf zehn Jahre und den Genossen Paul Lafargue zu einem Jahr Gefängnis und 100 Frks. Geldbuße verurteilt, weil sie bei den Aufhebungen von Journees am 1. Mai die „Hauptagitatoren“ gewesen seien. — Der wirkliche Mörder von Journees, Constans, sitzt in Ant und Würden.

Rußland. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Petersburg gemeldet: „Nebst Nachrichten über ernstlichen Mangel an Roggen in den Gouvernements Saratow, Tambow, Penza, Simbirsk und Kasan gehen auch Meldungen über eine Erregung der bäuerlichen Bevölkerung ein. Dies hängt wahrscheinlich mit Getreidemangel zusammen. Die weit diese Meldungen Glauben verdienen, ist schwer zu beurteilen. Wir können nur das kursorfernde Gerücht übermitteln, daß an mehreren Punkten die Wälder in Brand gesteckt wurden. In einem Gouvernment, angeblich von Tambow, machten die Bauern einen Angriff auf das Verpflegungsmagazin, so daß Militär einschreiten mußte. Sind auch die Ernste-Aussichten gering und herrscht auch in mehreren Gouvernements tatsächlich Broitmangel, so weiß man sich hier doch nicht zu erklären, wo alle Roggenvorräte blieben, die wenigstens in den Verpflegungsmagazinen vorhanden sein müssen.“ — Diese Nachrichten sind noch mehr als vom Standpunkte der äußeren Politik, von dem der inneren von hohem Interesse. Rußland ist der wichtigste Importeur des Roggen für Deutschland. Fehlt es aber in Rußland selbst an Roggen, so wird n wir den uns fehlenden nur zu sehr teuren Preisen kaufen können. Selbst die leichtgläubigsten Argutierfreunde werden kaum die Behauptung wagen, daß das selbst an Roggen Mangel leidende Rußland irgendwie Veranlassung hätte, unseren Getreidezoll zu zahlen, so daß wir doch der allgemeinen Meinung nach Roggen aus Rußland nur zu immens hohen Preisen werden beziehen können. Wird trotzdem Herr v. Caprivi noch weiter die Meinung haben, daß die Agitation gegen die Getreidezölle eine leichtfertige ist?

Zur Lebensmittel-Fortenerung.

In welchem Grade trotz der offiziellen Ablehnung des Notstandes die hohen Brotpreise von der Bevölkerung als Notstandspreise empfunden werden, darüber giebt die in den reichstatistischen „Monatsheften“ vorliegende neueste Statistik der zollfreien Einfuhr von Mühlenfabrikaten und Bäckereiwaren ebenso deutliche wie erschöpfende Auskunft. Schon seit der letzten Vollerhebung von Ende des Jahres 1887 hat diese zollfreie Einfuhr nur für die Grenzbevölkerung zollfreie Einfuhr an Umfang außerordentlich zugenommen. Während sie in den Jahren 1880—1888 nur ganz allmählich von 1720 Doppelzentnern bis zu 7260 Doppelzentnern anwuchs und auch im Jahre 1887 nur den Betrag von 10870 Doppelzentnern erreichte, wuchs sie in 1888 auf 30092 Doppelzentner, in 1889 auf 96326 Doppelzentner und im Jahre 1890 auf 137078 Doppelzentner an. Für das laufende Jahr nun, dessen Statistik bis einschließlich Mai reicht, liegen die nachstehenden Angaben vor, denen wir zum besseren Verständnis die entsprechenden Monatsziffern im Vorjahre beifügen:

	1889	1891
Januar . . .	10 123 Doppelzentner.	10 071 Doppelzentner.
Februar . . .	14 208	11 944
März . . .	21 758	14 399
April . . .	9 783	14 686
Mai . . .	11 281	20 370
Januar-Mai 87-83	71 470	

Allein in dem einen Monat Mai 1891 sind also fast doppelt so viel Bäckereiwaren, als in dem ganzen Jahre 1887, zollfrei über die Grenze geholt worden. Um ein Urteil über die Bedeutung dieser Thatfache zu gewinnen, vergegenwärtige man sich nicht nur, welche Schwierigkeiten den Grenzbehörden in den Weg gelegt werden, die sich auf solche Weise billiger Nahrung verschaffen wollen. Sie sind an gewisse

Stunden und an gewisse Wege gebunden und dürfen bei einem einzelnen Gange nie mehr als drei Kilogramm über die Grenze schaffen. Man vergegenwärtige sich auf Grund dieser letzteren Beschränkung die Menge vor allen Dingen, wie viel einzelne Gänge dazu gehörten, um im Monat Mai den Betrag der zollfreien Einfuhr bis auf 20370 Doppelzentner zu bringen: 670 000 einzelne Gänge! Tag für Tag im Monat Mai, die Sonntage einbezogen, ist also eine Armee von 22000 Menschen in Bewegung gewesen, um unter höchstbilligem Aufwand je sechs Hund Brot oder Mehl zu dem billigeren Preise des Auslandes herbeizuschaffen! Wenn solche Opfer an Zeit und Mühe noch keinen Rückschlag auf Notstand gestatten, was will man wohl abdam als Beweis für vorhandenen Notstand gelten lassen?!

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung.)

Dienstag früh wurde die Sitzung mit dem Referat Hannichs über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eröffnet. Der Referent entwickelte in trefflicher Weise die Stellung der Partei zu dieser Frage, wonach das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als wirksamste Agitationsmittel anzusehen sei. Als Generalreferent der deutschen Genossen sprach Hofschneider, als Generalreferent der österr. Genossen; beide Redner acceptierten den Standpunkt des Referenten. Dieser stellt hierauf den Antrag, der Parteitag solle beschließen: „Es sollen sich die Parteigenossen an dem Wahle in den Reichstags-, Landes- und Gemeinderäten überall dort beteiligen, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.“ Genosse Dr. Wlad wänst eine andere Fassung des Antrages, und zwar fol die sein: „Die Genossen sollen sich an den Wahlen überall dort beteiligen, wo ein prinzipieller Kampf ohne Kompromiß möglich ist. In allen anderen Fällen warnt Redner vor der Beteiligung an den Wahlkämpfen, weil insbesondere nicht alle Provinzialgenossen den Rufen und Kräften der verschiedenen gegnerischen Parteien genossen sein dürften. Es könnte da und dort ein Sozialdemokrat aufgestellt und gemißd werden, der ein wohlwollender Spieler ist. Vor allen Einzelheiten und Jugendsünden an andere Parteien ist zu warnen. Die Kleinbürger und Bauern würden für unser ganzes Programm gewonnen werden, wenn sie etwas gelernt haben werden; bis dahin können wir warten. Schon jetzt schämen verständliche Bauern sich der Sozialdemokratie an; zu haben norddeutsche Bauern einen Genossen aus ihrer Gegend direkt beizutragen, am Parteitag zu erklären, daß sie sich vollständig auf den Standpunkt der Sozialdemokratie stellen.“ (Geßharter Beifall.) Nach dem Schlußworte Hannichs wird der Antrag Hanfer-Abler angenommen.

Punkt V der Tagesordnung: „Ueber den Fortgang der sozialdemokratischen Reform in Oesterreich.“

Nach einem ausführlichen und gründlichen Referat vom Genossen Reumann (Wien) und einer eingehenden Debatte, an welcher 18 Genossen teilnahmen, wird folgende Resolution beschlossen:

„In Ermüdung, daß auch die neueren Versuche auf dem Gebiete der „Sozialreform“ in Oesterreich den Geist der Halbheit und Akrivität nicht amten:

1. Fernerer Erregung, daß der geringe Wert dieser Siege und Befestigung durch den Charakter, welchen sie in den Händen der Ausführungsbefehlenden, sowie durch die lässige und verkehrte Art ihrer Durchführung annehmen, fast auf ein Nichts reduziert wird,

2. insbesondere die Rücksichtslosigkeit zur zwangswiseigen Organisation der Arbeiter, und zwar ebenso der von der Regierung eingebrachte Entwurf für Arbeiter-Ausweise, Genossenschaften und Einigungsämter für Großindustrie und Bergbau, sowie die liberalerlich geplanten Arbeiterkammern, sowie im Aufbaue als in der Kompetenz engdrückend und ängstlich, nur die Durchfuhr verzerren, den Ausbeuterinteressen nahe zu treten,

3. in ebendieser Erregung, daß neben der auf dem internationalen Pariser und zahlreichen nationalen Kongressen geforderte Arbeitergesetzgebung, nur durch eine unbedingte und von der Wohlmeinung der Regierung unabhängige Koalitionsfreiheit als wesentliche Befestigung in der Lage der arbeitenden Klasse herbeizuführen werden kann, protestiert der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie entschieden gegen die ungerichtetste und unbedingteste Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867, welche die Bildung freier, selbstverwalteter Arbeitervereine gewährleisten und protestiert weiter, daß zu gunsten von Zwangsmaßnahmen, für deren Durchführung — wenn schon solche Zwangsmaßnahmen bestehen müssen — einzig und allein der Staat, niemals aber das ohnehin am meisten ausgebeutete österreichische Proletariat aufzukommen protestiert ist; der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie fordert neuerdings und eindringlich die endliche Gewährung wahrer Koalitionsfreiheit, wodurch erst die Möglichkeit der Bedingungen für Arbeiter und Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe der Gegenwart angebahnt wird. Es fordert aber gleichzeitig die österreichischen Genossen auf, die der Beschaffung bereits abgesehenen und etwa noch zu erzielenden Kongressen, wie geringfügig dieselben aus sein mögen, voll und ganz im Interesse der arbeitenden Klassen auszusagen.

Zusatzantrag Hanfer:

„Im Hinblick auf die hochmangelhafte und unvollständige Organisation der staatlichen Gewerbe-Inspektion, von deren Wirklichkeit Leben und Gesundheit arbeitender Frauen, Männer und Kinder abhängt, fordert der Parteitag, wenn die Sozialreform in Oesterreich keine Hölle sein soll, eine gründliche Umgestaltung dieser Institution im Sinne des Referenten, welche dahin lautet, daß:

1. die Zahl der Gewerbe-Inspektoren den Bedürfnissen entsprechend vermehrt werde, und
2. nicht bloß theoretisch gebildet, sondern praktisch erfahrene Männer und Frauen aus dem Arbeiterstande selbst auf Kosten des Staates zur Gewerbe-Inspektion ausgesogen werden.“

Antrag Reisl und Genossen:

Dem allgemeinen Verlangen der Arbeiterbevölkerung Rechnung tragend, fordert der Parteitag:

1. Aufhebung sämtlicher „Recht“- und „Rechtlich“-Mittelverfügungen und Einbürgerung der Arbeiterbevölkerung durch den Staat, unter Aufsicht und Verwaltung der Arbeiter,
2. Aushebung des gesamten Arbeiterstandes auf die Arbeiter im Bergwerke, Bergbau, in der Hausindustrie und Landwirtschaft.

Gen. Englisch schildert die Verhältnisse des Arbeiter in Rußland.

...in Bezug auf das ...

Historischer ...

...das ...

Schlichtungsverhandlungen. Schlichtungsgericht vom 7. Juli.

Der vorjährige ...

Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeinderatswahlen in Straßburg i. E. am 4. Juli ...

Aus Stadt und Land.

Stadterordneten-Sitzung vom 6. Juli.

Stadterordneten-Sitzung vom 6. Juli. Stadterordneten-Vorsteher-Stellvertreter Prof. Dittenberger eröffnet nach ...

250 Mark hat die Deutsche Reichspartei nach ihrer Auffassung ...

Arbeiterbewegung.

Halle, 7. Juli. Am Sonnabend den 4. Juli trug im Schloß ...

Kleiderstoffe, Mäntel, ... Beinen, Bettzeuge, Bettdecken, Tischdecken, Handtücher, Fortige Wäsche für Herren, Damen und Kinder. Erhellungsausrüstungen.

